

Saale-Zeitung.

Zehntausendzweiter Jahrgang.

Bezugspreis für Halle wöchentlich 2,50 M., bei anderwärtiger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Beleggeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5382 des a. u. l. Zeit.-Verz.

Anzeigen werden die Spalten oder deren Raum mit 20 Pf. solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Regel von uns unter Annahme des geringsten und besten Annoncen-Expeditors angenommen. Bestellen die Seite 60 Pf.

Erhebt sich zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. (Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.)

Nr. 510.

Halle a. d. Saale, Montag den 31. Oktober

1892.

Politische Uebersicht.

Vor acht Tagen waren wir in der Lage, die Nachrichten über deutsch-russische Handelsvertrags-Verhandlungen auf ihren wahren Werth zurückzuführen. Heute bestätigen wir man richtig zu werden vermag — anderweite Meldungen wenn auch nicht zureichend vollständig, doch wir es weniger mit der ersten Hälfte Augusts, die in aller Bereitwilligkeit von Deutschland gemachten Vorschläge zu prüfen, als vielmehr mit dem Wunsch der Herren an der Delegation zu thun haben, im Auslande den Schein zu erwecken, zwischen Deutschland und dem Zarreiche bestünde sich intime Beziehungen an. Der Eindruck ist klar: die Gelder des Auslandes sollen williger für Russland gemacht werden. Und man kommt die oben erwähnte Befähigung für diese unsere Auffassung: Russland hat klar eingesehen, daß die Brüder an der Seine zwar Geld für die verpackten Bulgaren, nicht aber für die Brüder an der Rhona übrig haben und sofort mit der Petersburger aus dem neuen Bericht. Russland ist nicht gegen bei den deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen. Die in Paris angeknüpften Verhandlungen über eine neue russische Anleihe sind, wie von dort zuverlässig berichtet wird, vollständig gescheitert. Und nun die französischen Brüder den Dampfen fast auf dem Beutel halten, wird in Petersburg ein Schauspiel für Deutschland in Szene gesetzt: der bisherige Vorgesetzte der legenden, in infinitum „hindernden“ Petersburger Handelsvertrags-Kommission, Geheimrath Abala, tritt von diesem bürdeligen Amte zurück, um Herrn Bunge, Präsident des Ministerrates, an seine Stelle ernannt zu sehen, und gleichzeitig wird berichtet, dies geschehe, um „auf russischer Seite den Ernst der Verhandlungen zu zeigen...“ — eine „Sigung werde bald erwartet...“! Nun, hofft man, wird die Welt gläubigen und hoffnungsfreudigen Auges auf die Tätigkeit der Petersburger Kommission ihre Schloffer bauen, Gold aber in Hülle und Fülle den notleidenden russischen Klassen zuströmen. Als schweres Geschäft muß man aber die offizielle Droht eine lange Weile in die Welt senden über die Schätze, die angeblich in Russlands Trüben lagern, und über die andern Schätze, die Russland mit der anscheinend größten Leichtigkeit beschaffen kann. Die Meldung lautet:

Petersburg, 30. Okt. Das Journal de St. Pétersbourg veröffentlicht eine Mitteilung, worin es heißt: „Gegenüber den Angaben der auswärtigen Presse wird es nicht ohne Interesse sein, einige Zahlen über die Staatsfinanzen anzugeben, über welche der russische Staatsrat berichtet.“ Am 24. Oktober wurde der Vorbericht der Reichs- und des Staatsbüros zusammen 604 1/2 Mill. Rubel in Gold aus, d. i. 2,418,000,000 Frs., ein Betrag, welcher die der Bond von Frankreich und der Bond von England zur Verfügung lebenden Summen von 1,678,250,000 Frs. und 26,000,000 Frs. um 200 Millionen Rubel übersteigt. Wenn man von den Resten der Reichs- und des Staatsbüros abzieht, so verbleibt der Staatsbüros allein über einen Vorbericht von 12 1/2 Millionen Reichs- und 53 Millionen Goldrubel. Es ist zu bemerken, daß der Staatsbüros, welcher über sehr beträchtliche metallische Spillmittel verfügt und die im Zustande zahllosen außerordentlichen Ausgaben in Kreditrubeln sitzen kann, sich darauf beschränkt hat, anstatt seine Goldwörter zu veräußern, einen Teil derselben der Reichs- und des Staatsbüros als metallische Deckung für eine gleiche Anzahl Papierrubel zu überlassen. Wenn dieser der Reichs- und des Staatsbüros Goldbetrag in Kreditrubeln konvertiert würde, nicht Rubel für Rubel, sondern zum effektiven Betrag, so würde für den Staatsbüros ein weiterer Betrag von 100 Millionen Kreditrubel verfügbar werden. Einmal, wenn man die Bewegung in den Eingängen zum Staatsbüros in Betracht zieht, so kann man feststellen, daß die letzten drei Monate des Jahres ein Wachstum der Einnahmen infolge des lebhaftesten Einganges der Steuern bringen. Dieses Wachstum, welches in den Jahren 1888, 1889 und 1890 bzw. 70 Millionen Rubel, 30 Millionen Rubel und 41 Millionen Rubel betrug, entspricht dem Wachstum des Reichs- und des Staatsbüros bei der einer Vermehrung des Kreditbüros des Reichs- und des Staatsbüros und bezeichnet eine Verstärkung der Einnahmen der Bank in Kreditrubeln. Dieser Zuwachs vergrößert sich noch weiter durch einen Überfluß der Eingänge aus den kommerziellen Operationen. Gleichwohl wie die früheren Jahre hat das Jahr 1892 eine Ausnahme von dieser Regel gebildet. Die Einnahme der Bank in Kreditrubeln ist von 57,114,000 Rubel am 1. Oktober geltend bis zum 8. Oktober auf 69,878,000 Rubel und bis zum 15. Oktober auf 69,345,000 Rubel.

Die angeführten Thatsachen — so fügt die Meldung hinzu — würden „genügen um zu zeigen, daß die Finanzverwaltung Russlands aller Grund habe, der Zukunft mit Ruhe entgegen zu sehen!“ Wer sich aber diese lange Rede mit den noch längeren Zahlen genauer befaßt, der merkt gar zu bald, daß dieselbe wohlwollend vor der andern Befähigung sich hütet, was Russland nun eigentlich alles zu bezahlen, was es mit diesen angeblichen Schätzen alles zu leisten hat. Wie knapp das Geld bei der russischen Regierung in der That ist, beweist neben andern eine Depesche vom letzten Sonnabend, in welcher dem russischen Reichsrath Gesandtenwürde über wiederum neue Steuern zugegangen sind: Einführung einer neuen Abzugsteuer sowie Erhöhung der dreiprozentigen Staatssteuer vom Gewinne der Aktienunternehmungen auf eine fünfprozentige. Wie alle andern Versuche vorher, so wird auch dieser neue Versuch Russlands misslingen, mit deutschen Geldern seinen Bedarf zu stillen.

Widerum liegen einige interessante Meldungen über Wahlreden italienischer Regierungsmitglieder vor. So wird berichtet:

Rom, 30. Okt. Der Justizminister Bonacci hielt gestern vor seinen Wählern in der Stadt und unterzog darin alle Angelegenheiten seines Reichs — und insbesondere die Verordnungen, die er, doch er niemals die Anwesenheit zum Gegenstande einer Erklärung gemacht habe, weil er darin weder eine große Frage erhebt noch auch jetzt eine solche

darin erblicken könne. Aber kleine und merkwürdige Fragen über er aber keinen Anlaß sich zu äußern. Uebrigens ist die Italien durch seine Gesetze genügend in den Stand gesetzt, die Uebergriffe des Klaviers zu unterdrücken. Und Herr Romano, der Unterrichtsminister des Innern, führte in einer in Aperia gehaltenen Rede aus, die Währungsfrage, welche Italien den Fremden sicherten, würden treulich gehalten. Sie erwarten dem Lande Kriegstage und Schmerzensjahre; sie könnten und sollten dem Lande „die Mittel gewähren zur Entwicklung seiner wirtschaftlichen Kräfte und zur Bedeug neuer Kräfte für die Industrie.“ In Verbindung damit ist folgende Meldung der „Berl. Pol. Nachr.“ beizufügen:

Das von deutsch-österreichischer Seite ausgetretene München, Italien habe in Wien die Einmischung der Veröffentlichung des Dreikönig-Vertrages zu erlangen gesucht, dieselbe sei aber in Wien aus Rücksicht auf den Papst abgelehnt worden, weil aus den Blättern nicht hervorgeht, daß die italienische Regierung sich niemals nach Wien oder anderswohin mit dem nachlässigen Erlaß gemacht habe. Die Ausbreitung ist jedenfalls nur erwidert worden, um glauben zu machen, daß eine auf Rom bezügliche Bestimmung in dem Vertrage enthalten sei, derenwegen an die Veröffentlichung gehe. Aber auch dies beruht auf Erfindung, da in dem Vertrage nichts auf die römische Frage bezügliche enthalten ist.

Dem Reichstage ist, wie wir wissen, ein Gesetzentwurf über die Abzahlungs-Geschäfte für seine bevorstehende Tagung zugegeben. Mehrfach ist in der Presse das Verlangen nach einer Einschränkung dieser Art von Geschäften laut geworden. Demselben Verlangen entgegen und in einem für die Abzahlungs-Geschäfte günstigen Sinne wird dagegen von einer amtlich beeinflussten Seite das folgende ausgeführt:

Die Kreise, welche gegen die Abzahlungs-Geschäfte überhaupt vorgehen, bedenken nur, daß die letztern den unmittelbaren Abzug der Hersteller von Waaren an das konsumierende Publikum einschließen; sie überlegen jedoch nicht, daß die Abzahlungs-Geschäfte, welche doch schließlich die Waaren auch von den Herstellern beziehen müssen, den Konsum infolge ihres Eigenart gegeben und erweitert haben. Darin liegt der Nutzen den auch die Erzeuger von Waaren an Abzahlungs-Geschäfte haben. Dem konsumierenden Publikum aber wird doch durch die Abzahlungs-Geschäfte nicht bloß die Möglichkeit geboten, überflüssige Waaren einzukaufen. Das ist sicher auch vorhanden, selbst jedoch nicht die Regel. Die Abzahlungs-Geschäfte erleichtern denjenigen Konsumenten, welche kein oder nur wenig Kapital besitzen, die Begründung einer wirtschaftlichen Existenz. Sie wirken demnach vortrefflich auf die Entwicklung der Volkswirtschaft. Von diesem Standpunkte aus ist denn auch die gegenwärtig im Bundesrat befindliche Vorlage nicht dahin gerichtet, die Abzahlungs-Geschäfte möglichst zu beschränken, sie hat sich vielmehr nur als Ziel gesetzt, die Auswüchse des Abzahlungs-Geschäfts zu beschränken und das konsumierende Publikum vor Betrugthatigkeiten zu schützen. Erfüllt der Entwurf, was hier von ihm versprochen wird, so darf er der Zustimmung des Reichstages sicher sein.

Vorbereitungen zum sozialdemokratischen Parteitag. Vier-Doct.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

In einer gestern nachmittag im großen Saale des „Concordia-Theaters“ hier abgehaltenen, gut besetzten sozialdemokratischen Volksversammlung hielt Reichstagsabgeordneter Stolte-Befen einen Vortrag über „Die Bedeutung des Parteitag“. In der Erörterung, die sich dem Vortrage anschloß, nahmen besonders lebhaft an der Diskussion über eine einbezogene Resolution, wonach im Programm eine „Privatfische“ gestrichen und an dessen Stelle gesetzt werden soll, daß die Sozialdemokratie die Religion zu bekämpfen hat, überal, wo ihre Lehren auftreten. Alle Redner waren darin einig, daß die Bekämpfung der Religion Aufgabe der Sozialdemokratie ist. Diese Aufgabe werde auch von der Parteipresse, dem Agitatoren- und überal, wo es möglich ist. Wenn aber die Bekämpfung als Pflicht im Programm hineingelassen werde, dann werde die Partei nur Schaden davon haben, wie Berichte der Agitatoren aus katholischen Gegenden genügend erweisen ließen. Wünschenswert ist es, daß die Agitatoren in die Massen zu bringen, welche die Bekämpfung der Religion zu fördern, dann könne zuletzt die Streichung des Satzes „Religion ist Privatfische“ verlangen, der zweite Teil der Resolution wurde dagegen abgelehnt. Ferner soll der zu wählende Delegierte Auftrag erhalten, folgende Anträge auf dem Kongresse zu vertreten:

- 1. Die Fraktion wird beauftragt, im Reichstage sofort die obligatorische Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu beantragen.
2. Die Fraktion soll im nächsten Antrage, welcher in Bezug auf Personalfiskus getrieben wird, entgegenzutreten.
3. Die Administration des „Vorwärts“ soll beauftragt werden, einen Spezialbericht über den Geschäftsbetrieb zu erstatten.
4. Kongressmitglieder mit anderen Parteien sollen in Zukunft nicht mehr eingeladen werden.
5. Endlich soll die Fraktion auf dem Kongresse anfragen, weshalb die Protokolle des Reichstages Kongresses nicht veröffentlicht worden sind.

Dagegen lehnte die Versammlung es ab, den Delegierten zu beauftragen, für folgende Anträge einzutreten:

- 1. Die Maifester ist jedesmal am Tage des 1. Mai zu begehen.
2. Der Parteitag soll künftig nur alle zwei Jahre einberufen werden.
3. Der sozialdemokratischen Presse soll unterlagt werden, die Parteielisten weiter zu veröffentlichen.
Die Versammlung wählte den Vertrauensmann Hrn. Söhnig zum Delegierten und Hrn. Schmitt Hofmeister zu dessen Vertreter.

Hierauf berichtete Hr. Ullrecht über den gegenwärtigen Stand des Vier-Doct. Die Kommission habe gegenüber den Brüdern drei Grundforderungen aufgestellt, nämlich:

- 1. Die Beschaffung eines Saales in Künern, etwa durch Anwendung kapitalistischer Machtmittel.
2. In Zukunft hätten die Brüder in den mit Briefen abzufassenden Verträgen eine Immunität anzuwenden, wonach die Wirthe verpflichtet werden, die Vergabe der betreffenden Säle keiner Partei zu verweigern.
3. Die Brüder sollten die „Verleumdungen“ widerrufen, welche sie in der Nr. vom 16. Dez. der „Saale-Zig.“ gegen die Mitglieder der Doct.-Kommission ausgesprochen hätten. Der gegenwärtige Doct.-Kommission ausgesprochen hätten, letztere machten sich mit Arbeitergrößen alte Tage. Darin von den Brüdern in einem Schreiben erklärt: Man habe in der Delegation nicht die als achbar bekannten Mitglieder der Doct.-Kommission, sondern diejenigen Personen gemeint, welche sich in unberechtigter Weise als Bevollmächtigte der Partei ausgegeben hätten. Der gegenwärtigen Doct.-Kommission ausgesprochen hätten, welche die Brüder in der Delegation ausgesprochen hätten, die Sozialdemokraten eine weniger schroffe Stellung über die Brüder einnehmen. Eine Verpflichtung, der Partei andere Säle zu verschaffen, mächten die Brüder dagegen ablehnen. Aus diesem Schreiben, so fuhr Hr. Ullrecht fort, geht hervor, wie wenig entgegenkommend die Brüder waren. Die Doct.-Kommission schlage deshalb vor, den Doct.-Kommission unterbreitet zu sein.

Der nächste Redner, Hr. Seyffert-Giechensfeld, erklärte, das Verhalten der Doct.-Kommission habe einigen Anwesenden ein lautes „Puff!“ entlockt; in diesem „Puff!“ könne er ein. Die an die Brüder zu stellenden Forderungen seien von einer Volksversammlung festgestellt, die Doct.-Kommission habe deshalb kein Recht gehabt, die Erfüllung anderer Forderungen zu verlangen. Sollten die Brüder Anmerkungen gemacht, dann wäre es Pflicht der Kommission gewesen, diese einer öffentlichen Volksversammlung zur Entscheidung vorzulegen; wenn die Doct.-Kommission das Schreiben der Brüder für sich behalten und die Anmerkungen abgelehnt habe, so sei das eine nicht zu rechtfertigende pflichtwidrige Eigenmächtigkeit. In öffentlichen Kreisen könnten bereits seit längerer Zeit keine sozialdemokratischen Versammlungen abgehalten werden, die Doct.-Kommission empsche aber durch die Anmerkungen an „Volkslist“ den Genossen Lokale, deren Wirthe durch Saalverweigerung der Sozialdemokratie sich freiwillig entgegenstellten. Redner macht mehrere solcher Lokale namhaft und verlangt Streichung derselben in der Liste. Ferner sei in öffentlicher Volksversammlung beschlossen, Interesse von Wirthen, die sozialistisches Bier verkaufen, im „Volkslist“ nicht aufzunehmen. Das „Volkslist“ richte sich nicht danach. Im übrigen seien die Anmerkungen der Brüder annehmbar.

Hier wurden die Verhandlungen abgebrochen werden, weil die Zeit, für welche der Saal bewilligt war, abgelaufen war.

Salle und Umgegend.

— Aus Anlaß der Einweihungsfeierlichkeiten in Wittenberg herrichte heute vormittag auf unserem Dampfer ein hübscher Verkehr, als folgt. Es verließen A. die Großeräder von Wittenberg und Bismarck, ferner die Herren von Sonderhausen und Wabed auf dem Wege nach Wittenberg mit dem um 9 1/2 Uhr abgehenden Berliner Schnellzuge hier durch. Denselben Zug benutzten auch die von Halle geladenen Gäste, die Späher der Staats- und Gemeindeführer, der Reichsliste, die Vertreter von Handel und Industrie, ferner die Leiter der Provinzialverwaltung, der Regierungsbehörden in Merseburg und Gersdorf, der Oberbürgermeister von Wittenberg, sowie mehrere Minister und Reichstagsmitglieder anderer Staaten. Der für die Angehörigen der hiesigen Universitätsabgetragene Sonderzug zählte 48 Wagen, die stark besetzt waren, dagegen wurden von dem für das Weinpublikum in der Stärke von 50 Wagen bereit gehaltenen Sonderzuge wegen geringer Besetzung nur wenige Wagen wieder abgehoben. Der Zug fuhr mit 40 Wagen von hier ab, es befanden sich etwa 150 Personen in denselben. — Zur Unterhaltung der wittenberger Festtagsgesellschaften in dem anlässlich der heutigen Feier zu erwartenden starken Dampferverkehr sind u. a. von hier mehrere Beamte dorthin überwiesen worden.

— Der Herr Regierungspräsident zu Merseburg hat die Wahl des bisherigen Stadtbauverwalters Genzmer in Köln zum Stadtbauwart und Mitglied des Magistrats-Kollegiums in Halle bestatigt.

— Der Verkehr auf der Stadtbahn war gestern wiederum ein sehr reger, es wurden sogar auf der neuen Linie nach Wittenberg und Trotha Anhängenangelegungen eingestellt werden um den harten Verkehr bewältigen zu können. Auf hiesigen Bahn wurden 13,815 Personen befördert und 1330 M. verbracht. Einen Vergleich der Betriebsergebnisse auf den einzelnen Linien ergibt folgende Uebersicht:

Table with 4 columns: Linie, M. Wagen, Personen, and Betrag. Rows include Magdeburgerstr., Mansfelderstr., Merseburgerstr., Wittenberg, and Trotha.

Für die Linie Trotha ist folgender Anschlag festgesetzt: Der Wagen von Wittenberg nach Trotha fährt an Wochentagen von um 10 Uhr morgens an bis 8 Uhr 50 Min. abends in umgekehrter Richtung am 7.10, 7.30, 7.50, 8.10 Uhr u. in umgekehrter Richtung am Trotha: 7.20, 7.40, 8.00, 8.20 Uhr u. bis abends 9 Uhr. An Sonntagen fährt abends der letzte Wagen nach Trotha um 9 Uhr 50 Min., in umgekehrter Richtung um 10 Uhr.

— Im Stadttheater gelangt am Donnerstag Goethes Trauerspiel „Clavigo“ in folgender Besetzung der Hauptrollen zur Aufführung: Clavigo: Dr. Wad, Carlos: Dr. Schmidt, Häfner, Marie: Fr. Grebe, Weimar: Hrn. Vogel.

— Das Victoria-Theater wird heute seine seit längerer Zeit verschollenen gewesenen Worten wieder öffnen und auf seiner Bühne, die bisher der letzten Wale geweiht war, ganz eigenartige Darstellungen ersten Charakters bieten. Es sollen dort allabendlich durch einen Circus von 30 lebenden Wölfen die



M. Berg & Co.

Leipzigerstraße 16.

Unser Lager in vorgezeichneten, angefangenen und fertigen
Handarbeiten

ist für die **Weihnachts-Saison** auf's Reichste ausgestattet und empfehlen wir zu den
bekannt billigen Preisen:

Schuhe von 50 Pfg.
Sopha-Kissen (auch fertig),
Eckbretter,
Garderobehalter,
Hosenträger fertig von 1,10,
Uhrpantoffel 10 Pfg.

Haussegen 15 Pfg. in reizenden Aus-
führungen,
Guipureläufer,
Guipureschoner,
Tischläufer,
Ueberhandtücher in Leinen, Crêpe
mit und ohne Gohlfamm,

Pianodecken,
Tablets,
Büffetdecken,
Spieltischdecken,
Serviettenhalter 48 Pfg.

Servirtischdecken, Nähtischdecken, Kommodendecken, Betttaschen, Bürstentaschen, Wäschebeutel,
Börsen fertig von 25 Pfg. bis zu den elegantesten u. s. w., sowie noch vielerlei kleinere Sachen für Damen
und Herren in schöner und eleganter Ausführung.

Gänzlichliche Zuthaten für Stickerien
in den schönsten und neuesten Farben.

**Gobelin-, Moos-, Castor- u. Perl-Wolle, Terneauwolle, Schwarz u. farbig,
Stick- und Häkelseide, Goldperlen, Stahlperlen,
Tapissieriefranzen und Besatzgimpeln.**

Putz- und Besatz-Artikel

zu billigsten Engros- und Fabrikpreisen.

Seid. Galons von 10 Pfg. an.
Perlbesatz 10 Pfg.
Agraffen, Schliessen von 5 Pfg. an.

Ornamente aus Seide u. Perlen. Größere Sattelflickerei.

Kleidergarnituren
von 15 Pfg. an.

Gold-, Silber- und Stahlbesätze.

Seidene Spitzen. Wollene Spitzen.
Waschspitzen Leinene Spitzen
von 2 Pfg. an. von 3 Pfg. an.

**Chantilly-Spitzen. Spachtel-Spitzen.
Guipire- und Eifelspitzen.**

Kleiderbesatz von 3 Pfg. an.
Krimmerbesatz von 30 Pfg. an.
Pelz- u. Moraboutbesatz von 20 Pfg. an.

Federbesatz, Sammete, Plüsch in allen Farben.

Filzhüte Hüte, garnirt
von 75 Pfg. an. von 1,50 an.

Federn und Fantasie-Negretts von 20 Pfg. an.
Seidene Bänder von 8 Pfg. an.

Schleier Seid. Gazezacken
von 12 Pfg. an. in allen Farben.

Brautschleier.

Rüschen und Halsbändchen, Fichus und Lavallieres 25 Pfg.
Berben, Jabotts, Tüllberben, Crêpe, Grenadines etc.

Grosses Lager

fertig garnirter Damen- und Kinder-Hüte
enorm billig.

Garniren der Hüte in unserem Atelier gratis.

Schneiderinnen und Putzmacherinnen erhalten beim Einkauf von Zuthaten den höchsten Rabatt.

M. Berg & Co.

Leipzigerstraße 16.